



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 586 Postulat Hartmann Armin namens der SVP-Fraktion über die Beendigung des Lockdowns / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 586 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht.

Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 114 zu 0 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Noëlle Bucher beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Samuel Zbinden beantragt Ablehnung.

Armin Hartmann: Das ist ein Thema, das Dynamik erhält. Aber allen Recherchen zum Trotz, welche das grösste Boulevardblatt des Landes gemacht hat, hat sich an der Ausgangslage gemäss Postulat nichts verändert. Ich bedanke mich bei der Regierung für den Antrag auf Erheblicherklärung. Es geht in diesem Vorstoss nicht um einen Glaubenskrieg. Es geht auch nicht darum, eine Krankheit zu verharmlosen. Es geht nicht darum, behördliche Massnahmen aus der Vergangenheit und der Gegenwart zu kritisieren. Es geht aber vor allem nicht darum, die berechtigten Ansprüche der Volksgesundheit und der wirtschaftlichen Entwicklung als Null-eins-Entscheidung darzustellen, also als Entweder-oder-Fragestellung. Es geht darum und nur darum, ob die Schliessung von ganzen Branchen in der aktuellen Situation noch gerechtfertigt ist und wie der Luzerner Regierungsrat und unser Parlament dazu steht. Es geht mir zuerst darum zu sensibilisieren, dass der Entscheid über Öffnungsschritte immer eine Güterabwägung sein muss. Bei jedem Entscheid über Lockerungen geht es um Chancen und Risiken. Wer darauf warten will, dass eine Öffnung komplett risikofrei ist, der hat harte Jahre vor sich und muss wissen, dass er vielleicht gar nie mehr aus dem Lockdown herauskommt. Das ist nicht realistisch. Aus dem folgt vor allem eines: wir müssen lernen, mit dem Virus umzugehen und eine Güterabwägung vorzunehmen. Urban Sager hat dies heute Morgen schon sehr gut geschildert. Die Situation hat sich geändert, es ist Zeit für Öffnungen. Risikogruppen sind durchgeimpft, über 2 Millionen Menschen sind geimpft, über 100 000 davon im Kanton Luzern, Tendenz stark steigend. Wir haben gute Schutzkonzepte, diese sind wichtig und müssen bestehen bleiben. Die Schutzkonzepte sind besser als vor einem Jahr. Als wir vor einem Jahr aus dem Lockdown kamen, hatten wir keine Maskenpflicht. Seither hat sich vieles verändert. Wir haben Lüftungen eingebaut und den Umgang mit den Basismassnahmen automatisiert. Wir stehen wesentlich besser da. Ich gehe mit der Regierung darin einig, dass es die adäquaten Schutzkonzepte braucht und dass man diese überprüfen können muss. Aber mit diesen Schutzkonzepten und den weiteren flankierenden Massnahmen können wir die Gastronomie, die Eventbranche, die Kultur und den Sport jetzt wieder öffnen. Wir alle brauchen Perspektiven: die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Kultur, der Sport, die Jungen usw. Geben wir ihnen die Perspektive, indem wir jetzt zusammenstehen und ein starkes Zeichen nach Bern senden. Wenn die Kantone dieses

klare Zeichen senden, so wie das zum Beispiel die Ostschweizer Kantone getan haben, dann geht ein Ruck durch unser Land, und dann geht es endlich vorwärts. Bitte erklären Sie das Postulat erheblich.

Noëlle Bucher: Es freut mich, dass unser Gesundheits- und Sozialdirektor und ich uns beim Thema Corona meistens einig sind. Ich habe mich auch gefreut, als ich die Stellungnahme zum Postulat von Armin Hartmann gelesen habe. Nur in einem Punkt bin ich mit dem Regierungsrat nicht einverstanden: er kommt zu einem falschen Schluss. Entweder sollte er Ablehnung wegen Erfüllung oder dann teilweise Erheblicherklärung beantragen. Ein Antrag auf Erheblicherklärung macht keinen Sinn. Ich habe mich über den reisserischen Titel des Postulats geärgert. Wir haben in der Schweiz schon lange keinen eigentlichen Lockdown mehr, auch im Kanton Luzern nicht. Unsere Fraktionssitzungen finden wieder vor Ort statt, die Läden sind offen, und Klassenlager dürfen stattfinden. Voraussichtlich entscheidet der Bundesrat morgen, ob er bei den Kantonen ein weiteres Öffnungspaket in Konsultation schicken will. Warten wir diese Vorschläge ab. Wir haben die Chance, die Pandemie bald in den Griff zu bekommen und zur Normalität zurückzukehren. Die Schweiz und auch der Kanton Luzern haben inzwischen den Impf-Turbo gezündet. Es bekommen in Luzern inzwischen sogar gesunde 35-Jährige einen Impftermin. Ich habe mich sehr gefreut. Bis alle geimpft sind, die das wollen, und bis ein funktionierendes Zertifikat vorliegt, sollten wir auf den letzten Metern nicht noch risikoreiche Öffnungsschritte vorwegnehmen. Wir sind schätzungsweise auf Kilometer 38 von 42. Werden Sie jetzt nicht übermütig. Die G/JG-Fraktion ist für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats im Sinn der Stellungnahme der Regierung.

Marcel Budmiger: In der SP-Fraktion haben wir mehrere Vertreterinnen, welche direkt mit dem Corona-Virus konfrontiert sind, sei es als Leiterin eines Alters- und Pflegezentrums, bei der Spitex oder als Pflegefachfrau auf einer Covid-Station. Wir haben viele Expertisen zur Gesundheit und auch zu Corona, wir sind aber keine Virologinnen oder Epidemiologinnen, scheinbar im Gegensatz zur SVP. Weil jetzt auch der Kanton Luzern endlich richtig mit Impfen anfängt, fordert sie die umgehende Öffnung von Restaurants und die Durchführung von Grossevents, natürlich mit Schutzkonzepten – mit den gleichen Schutzkonzepten, die im letzten Winter zum Lockdown geführt haben, weil sich Menschen in Innenräumen anstecken. So viel weiss ich als Nicht-Epidemiologe. Aber eigentlich müsste ich das nicht wissen, denn der Entscheid, ob es Zeit für eine Öffnung ist oder nicht, ist kein politischer. Er muss faktenbasiert und unter Einbezug verschiedenster Aspekte gefällt werden. Die SP wehrt sich dagegen, dass daraus ein politischer Entscheid gemacht werden soll. Wenn sich das Virus so einfach per Abstimmung aus der Welt schaffen lassen würde, dann hätten wir das schon längst beschlossen. Wir alle wollen möglichst schnell wieder in eine Beiz, ohne Maske in ein Fitnesszentrum oder an einem Konzert ein Glas Wein trinken. Aber solange nur ein Bruchteil der Bevölkerung geimpft ist, ist es die Pandemie, welche den Takt angibt, und eine Pandemie kann man nicht mit einem Parlamentsentscheid beenden, sondern indem man möglichst viele Personen impft. Und damit es während dem Impfen nicht zu gefährlichen Mutationen kommt, müssen wir uns noch eine Zeit lang einschränken und testen. Nehmen wir uns also diese Zeit, statt über Dinge zu diskutieren, die ohnehin in der Kompetenz des Bundesrates liegen. Man würde besser eine Testoffensive starten. Man will aber am aktuell grössten Event des Kantons Luzern, unserer Session, keine zuverlässigen Tests anbieten. Wir haben vorgeschlagen, dass wir das gleiche Testkonzept wie viele Schulen oder Unternehmen erfüllen sollten. Das wurde abgelehnt. Nicht einmal hier in der Stadthalle will man die Verantwortung übernehmen. Vielleicht ist es also besser, wenn wir den Entscheid dem Bund überlassen. Die SVP fordert sofortige Lockerungen, die Regierung spricht in ihrer Stellungnahme von schnellstmöglichen Lockerungen. Dies wäre also ein klassischer Fall für einen Antrag auf teilweise Erheblicherklärung. Ich bitte Sie deshalb, die teilweise Erheblicherklärung zu unterstützen.

Claudia Huser Barmettler: Hier stehen wir vor der Frage: Was ist nun bindend, der Titel des Vorstosses oder der Inhalt? Denn gemäss Titel geht es darum, den Lockdown umgehend zu beenden. Wenn wir dann den Inhalt lesen, geht es darum, dass sich die

Regierung für Lockerungen einsetzen soll. Das ist nicht ganz das Gleiche, und das hat unsere Fraktion vor ein Dilemma gestellt. Wir unterstützen es sehr wohl, dass im Kanton Luzern nicht unnötige Massnahmen aufrechterhalten werden, und wir unterstützen es klar, dass Einschränkungen auf ein Minimum beschränkt werden, um unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft nicht unnötig zu belasten. Wir sind auch klar davon überzeugt, dass unsere Gastro- und Tourismusbetriebe verantwortungsvoll sind und die Schutzkonzepte gewissenhaft umsetzen. Damit haben wir keine Probleme und keine Hemmungen. Was uns aber etwas hemmte respektive wo wir Diskussionsbedarf hatten, ist die Frage, ob es nun wirklich an unserem Rat ist, hier überhaupt Stellung zu nehmen, und was es denn jetzt ändert, wenn wir für die Erheblicherklärung sind oder aber für die Ablehnung wegen Erfüllung. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es eigentlich nicht viel ändert. Denn über den Lockdown respektive über Massnahmen wird faktenbasiert und nicht politisch entschieden. Der Bundesrat wird voraussichtlich morgen faktenbasiert Lockerungen vorschlagen. Wir sind überzeugt, dass weder Kanton noch Bund unnötige Massnahmen beschliessen, die nötigen Massnahmen aber umsichtig, fundiert und abgewogen beschlossen werden, bevor sie kommuniziert werden. Die GLP will ganz klar keine dritte Welle. Unter dieser Prämisse geben wir der Regierung gerne mit, dass wir im Sinn einer umsichtigen Vorgehensweise die Erheblicherklärung des Postulats unterstützen. Wir erwarten einen faktenbasierten und nicht einen politischen Entscheid.

Jim Wolanin: Die FDP hat grundsätzlich nichts gegen die geforderten Massnahmen der SVP einzuwenden, ist aber über den Vorstoss doch ein wenig überrascht. Es war sogar von Effekthascherei die Rede. Das möchte ich persönlich der SVP nicht unterstellen, zeigt aber die Stimmung in unserer Fraktion. Wir hätten von der Regierung einen Antrag auf Ablehnung wegen Erfüllung erwartet. Da wir aber nichts gegen Lockerungen einzuwenden haben und die Regierung Erheblicherklärung beantragt, unterstützt die FDP-Fraktion den Vorstoss.

Ferdinand Zehnder: Die CVP stützt die Antwort der Regierung. Der Antrag hätte auch Ablehnung wegen Erfüllung lauten können. Die Regierung leistet gute Arbeit. In der Vernehmlassung hat sich die Regierung bereits für eine Öffnung ausgesprochen. Es ist aber nicht nötig, dass wir einen kantonalen Spezialzug fahren, und wir wollen auch keine Insellösung. Aber es ist richtig und wichtig, dass sich die Regierung für weitere Öffnungsschritte einsetzt. Wir alle wollen wieder zurück in die Normalität, Schritt für Schritt. Gestern haben wir alle zur Botschaft B 71 Ja gesagt, die finanzielle Hilfe ist gut angelaufen. Dort, wo es nötig ist, wird geholfen. Aber die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wieder zurück an die Arbeit. Die stark betroffenen Unternehmen wollen sich wieder selbst aus der Situation herausarbeiten. Die CVP ist zuversichtlich, dass wir hoffentlich bereits morgen vom Bundesrat über weitere Öffnungsschritte informiert werden.

Josef Wyss: Für einmal kann man sagen: Lassen wir uns vom Osten inspirieren. Schon mehrfach haben einzelne Ostschweizer Kantone beziehungsweise orchestriert als Regierungskonferenz klar und deutlich gegenüber dem Bundesrat lobbyiert und dies auch gegenüber der Öffentlichkeit klar kommuniziert. Solche entschiedenen und unüberhörbaren Schritte wünsche ich mir auch von der Luzerner Regierung beziehungsweise der Zentralschweizer Regierungskonferenz. Dies ist dringend nötig, vor allem auch als starke Gegenposition zu der dramatisierenden Taskforce des Bundesrates, die bei den Medien viel zu viel Gewicht erhält. Grundsätzlich stehe ich immer noch dazu, dass der Schutz der Gesundheit oberste Priorität hat, aber die Zeiten haben sich geändert. Wir sind jetzt so weit, dass wir endlich spürbare Öffnungen brauchen und nicht nur Symbolpolitik und Beruhigungspillen. Spüren Sie es denn nicht? Die Menschen wollen leben, und alle Branchen wollen endlich wieder voll arbeiten. Impffortschritte, intensives Testen, eine disziplinierte Bevölkerung und wärmere Temperaturen führen aktuell zu einem markanten Rückgang der Ansteckungszahlen. Aus Sicht vieler KMU, speziell der Gastro-, Tourismus-, Event- und Kulturbranche, ist es höchste Zeit für weitere Öffnungsschritte. Dabei stehen drei Forderungen im Fokus: die Gastronomie voll öffnen – natürlich unter Anwendung der Schutzkonzepte –, die Homeoffice-Pflicht aufheben und die Leute klug gestaffelt zurück ins

Büro bringen und Grossveranstaltungen, vor allem im Interesse der Jungen, schneller zulassen. Ich danke der Regierung, dass sie sich zusammen mit den anderen Innerschweizer Kantonen beim Bundesrat klar, deutlich und durchaus etwas lautstark dafür einsetzt.

David Roth: Das Postulat fordert, den Lockdown zu beenden. Kann man das wegen Erfüllung ablehnen? Eigentlich nicht, denn wie will man einen Lockdown, also eine Ausgangssperre, beenden, die in der Schweiz gar nie existiert hat. Wir hatten nie einen Lockdown, und wir können ihn deswegen auch nicht beenden. Das Postulat fordert, dass sich der Regierungsrat für rasche Öffnungen einsetzt und dass es keine Sonderlösungen geben soll. Einen Teil davon kann man unterstützen. Natürlich wollen wir alle möglichst rasch wieder zurück in die Normalität. Natürlich wollen alle möglichst rasch wieder nach draussen und sich in einer Beiz wieder mit anderen treffen, vielleicht nicht nur draussen, sondern wieder einmal drinnen. Die Menschen würden leben wollen, hat mein Vorredner Josef Wyss gesagt. Ja, das Leben steht im Zentrum. Und das Leben findet nicht statt, wenn wir möglichst schnell lockern. Möglichst viele Leben garantieren wir, wenn wir umsichtig vorgehen, wenn wir auf die Situation reagieren und wenn wir nicht einfach blind etwas fordern und die Exekutiven unter Druck setzen, welche die Verantwortung übernehmen müssen. Dieses Postulat ist reiner Populismus. Man klopft sich dann auf die Schultern, muss aber die Verantwortung nicht übernehmen. Ich bin enttäuscht, dass die Regierung hier Erheblicherklärung beantragt. Ich vermisse es, dass man auch als Kantonsrat mehr Verantwortung übernimmt und sich sagt: wir dürfen auch als Kantonsräte nicht unrealistische Forderungen stellen und müssen auch dann, wenn es weniger populär ist, zu umsichtigen Lösungen stehen. Ich bitte Sie, dass wir dieses Postulat nur schon wegen Unerfüllbarkeit ablehnen, aber auch weil wir uns nicht noch vom Populismus treiben lassen sollten, jetzt, wo die Pandemie langsam zu einem Ende kommt. Seien wir halt etwas unpopulär und lehnen wir dieses Postulat ab oder erklären wir es teilweise erheblich.

Samuel Zbinden: Ich habe mir lange überlegt, ob ich noch etwas sagen möchte, aber etwas hat mich in den letzten Minuten an dieser Debatte gestört. Ich habe immer wieder den Begriff Schutzkonzepte gehört. Ich habe gehört, wie grandios diese Schutzkonzepte seien, und ich habe gehört, dass Schutzkonzepte quasi als Ersatz für Schliessungen gleich gut funktionieren sollen und dass wir dann die Fallzahlen gut herunterbringen beziehungsweise unten halten und damit die Pandemie beenden können. Ich bitte hier einfach darum, dass wir alle ein bisschen ehrlicher mit uns selber sind und ein bisschen ehrlicher mit den anderen. Schutzkonzepte können funktionieren. Es gibt Orte, wo Schutzkonzepte durchaus sehr gut funktionieren, zum Beispiel im Aussenbereich, wenn sich nicht zu viele Menschen treffen, auf gewissen Terrassen, wenn der Abstand gross genug ist, und im Theater mit Maske und weniger Plätzen. Aber seien wir bitte ehrlich, beim Tanzen im Treibhaus, im gefüllten Stadion oder im Innenbereich eines gefüllten Restaurants bringen auch die Einhaltung von ein bisschen Abstand und Desinfektionsmittel nichts, wir gehen damit ein Risiko ein. Ich sage nicht, dass wir dieses Risiko nicht eingehen können. Wir sind es letzten Sommer bewusst eingegangen, wir sind es zu lange eingegangen, und die Fallzahlen sind hochgeschneit. Wenn es die epidemiologische Lage zulässt, dann können wir dieses Risiko auch jetzt wieder eingehen. Wir haben es vorher von Urban Sager bei den Klassenlagern gehört: Es ist immer eine Abwägung zwischen Gesundheit und anderen Interessen. Aber seien wir bitte ehrlich: wir nehmen ein Risiko in Kauf, und wir riskieren damit auch Menschenleben, und wir riskieren diese Menschenleben jetzt eben zu früh. Einfach nur zu sagen, mit der Maskenpflicht komme alles gut und dann würden wir den Lockdown beenden, den es nie wirklich gab, finde ich unehrlich. In diesem Sinn kann ich diesem Postulat nicht zustimmen, weil es zu früh auf falsche Hoffnungen setzt und weil es darauf setzt, dass Schutzkonzepte einfach die Lösung für alles sind. Das sind sie aber nicht. Wir müssen noch ein bisschen warten. Der Impffortschritt ist noch nicht dort, wo er sein sollte. Ich bitte alle, einen kühlen Kopf zu bewahren und uns jetzt nicht einfach von dieser populistischen Forderung der SVP durchs Dorf treiben zu lassen. Ich werde diesen Vorstoss ablehnen.

Urban Frye: Ich werde dem Vorstoss auch nicht zustimmen, ich teile aber die Meinung

etlicher Vorredner nicht, dass das keine politischen Entscheidungen sind. Was wir in diesem Rat tun und was vor allem die Regierung immer machen muss, auch wenn ich sie immer wieder kritisiere – ich möchte nicht in ihrer Haut stecken –, sind hochgradig politische Entscheide. Wir müssen eine Güterabwägung machen, nämlich welche Schäden wir höher gewichten. Das sind nicht nur ökonomische Schäden, es sind gesellschaftliche Schäden, es sind soziale Schäden, es sind gesundheitliche Schäden, sowohl physische und seelische. Es geht immer darum abzuwägen, was höher zu gewichten ist. Ich habe es in meinem letzten Votum gesagt: oft sind die Entscheide in einem gewissen Sinn ungerecht. Es sind wirklich politische Entscheide, für die wir den politischen Diskurs in diesem Rat unbedingt benötigen. Wir können uns aus dieser Verantwortung eben nicht verabschieden und das einfach den Fachgremien überlassen. Die meisten Faktenbeurteilungen lassen sich erst wirklich im Nachhinein erstellen. Ich wünschte mir aber von den Parlamenten, aber auch von den Exekutiven, dass sie im Nachhinein vielleicht etwas anders entschieden hätten. Auch das würde die Diskussion in der Volksseele entschieden heruntertemperieren.

Armin Hartmann: Ich möchte gerne noch zu drei Punkten etwas sagen. Erstens: Noëlle Bucher behauptet, das sei kein Lockdown. Sagen Sie das der Gastro-, Event-, Kultur- oder Sportbranche und den über 400 000 Personen, die sich heute noch in Kurzarbeit befinden. Zweitens: Es sei kein politischer Entscheid. Da kann ich mich voll und ganz Urban Frye anschliessen. Entscheiden wird ein politisches Gremium, der Bundesrat, angehört werden politische Gremien, die Regierungsräte und verschiedene Konferenzen. Ich spreche mich ganz klar für das Primat der Politik aus. Die Politik macht eine Gesamtgüterabwägung, wie das verschiedene Personen auch von der linken Seite gefordert haben. Drittens zum Vorwurf des Populismus: Das ist eine sehr ruhige Debatte, und ich werde die Debatte auch ruhig beenden. Es braucht eine klare Aussage des Kantons. Es ist jetzt nicht die Zeit zu zaudern, weil auch der Bundesrat wissen will, was die Regierungen denken. Wenn das Parlament hinter den Regierungen steht, kann das dem Gesamten nur dienlich sein.

Sara Muff: Ich wollte eigentlich nichts sagen. Es wurden aber immer wieder die Gastronomie und die KMU erwähnt, und ich habe mir gedacht, dass vielleicht noch jemand aus der Pflege etwas dazu sagen sollte. Ich habe etwas von einer «dramatisierenden Taskforce» gehört. Haben Sie schon einmal eine voll beatmete Person gepflegt, welche vorher gesund war und jetzt kaum noch einen Finger heben kann? Gleichzeitig sprechen Sie davon, den Menschen das Leben zurückzugeben. Denken Sie doch bitte einmal über diese Aussage nach. Ich bitte Sie, den Vorstoss abzulehnen. Das Gesundheitspersonal hat schon vor der Corona-Pandemie Unglaubliches geleistet und ist jetzt noch einmal über sich hinausgewachsen – erzwungenermassen. Als ich den Vorstoss gelesen habe, bin ich von der Arbeit nach Hause gekommen. Ich habe gedacht, ich bin im falschen Film. Die Pandemie richtet sich nicht nach einem Vorstoss, sondern wir haben uns danach zu richten, wie sich die Pandemie entwickelt. Ich lehne den Vorstoss aus vollster Überzeugung ab und bitte Sie, das auch zu tun.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich habe fünf Vorbemerkungen. Erstens zum Votum von Noëlle Bucher: Die Regierung ist sehr gut beraten, den Kantonsrat nicht zu ärgern. Etwas anderes wäre für die Regierung ungesund. Zweitens: Ich bitte sie höflich, die Stellungnahme der Regierung zu lesen. Darin erklären wir, dass wir das Postulat entgegennehmen wollen. Drittens, und das ist eine grosse Bitte der Regierung an Sie: Das Virus ist noch da, und es beschäftigt uns sehr. Es darf aber nicht mehr der Mittelpunkt der Gesellschaft sein. Wir müssen schauen, dass wir mit dem Virus umgehen können. Wir werden weiterhin lernen, mit dem Virus zu leben. Viertens: Ich muss sagen, einzelne Votanten haben mich sehr überrascht. Es wurde von Risiken gesprochen. Sie haben heute Morgen einen Vorstoss für die Durchführung von Klassenlagern überwiesen. Das passt teilweise überhaupt nicht zusammen. Wissen Sie, wo wir im Moment am meisten Infizierte haben? Bei Menschen zwischen 10 und 19 Jahren. Sie haben heute Morgen einen mutigen Entscheid getroffen. Die Patienten im Spital werden immer jünger. Wir müssen da sehr vorsichtig und behutsam vorgehen. Fünftens zur Ablehnung wegen Erfüllung: Das Postulat haben wir noch nicht umgesetzt. Aus diesem

Grund haben wir nicht Ablehnung wegen Erfüllung beantragt. Lassen Sie uns das einmal weiterdenken. Wir haben einen Planungsbericht Klima und Energie. Im Prinzip müssten wir alle Vorstösse dazu ablehnen, denn wir haben ja diesen Planungsbericht. Aber der ist auch noch nicht umgesetzt. Ich bitte darum, das differenziert anzuschauen. Die Luzerner Regierung hat sich bei verschiedenen Vernehmlassungen und Öffnungsschritten für Lockerungen ausgesprochen, soweit das die epidemiologische Lage zulässt – das Gesundheitswesen muss im Gleichgewicht bleiben. Auch im Rahmen der Konsultation über die Zulassung von Grossveranstaltungen haben wir beim Bund eingegeben, dass es unverständlich und schwierig ist, wenn ab 1. Juni bereits Grossanlässe zugelassen werden – diese unterstützen wir –, aber gleichzeitig die Innenräume der Restaurants immer noch geschlossen bleiben müssen. Das kann man nicht kommunizieren, das versteht die Bevölkerung nicht. Gegen weitere Öffnungsschritte spricht aus unserer Sicht im Moment nichts. Die Schutzkonzepte müssen eingehalten werden, sei das im Restaurant oder an einem Anlass. Gestern haben wir rund 3434 Personen geimpft, und gestern haben wir auch geöffnet, und es sind rund 2300 dazugekommen. Die Kontrolle betreffend Gesundheit werden wir weiterhin fortführen, und wir werden dort einschreiten, wo etwas nicht eingehalten wird. Auf das Covid-Zertifikat vom Bund warten wir nicht. Der Bund ist dort im Lead, und ich weiss nicht, ob das im Juni da sein wird oder nicht. Wir werden uns weiterhin für die Öffnung so weit wie möglich einsetzen. Aber wie schon gesagt, das Impfen muss massiv weitergehen, und vor allem muss die Gesundheitsversorgung im Gleichgewicht bleiben, und zwar nicht so, wie wir das im letzten Winter über Weihnachten und Neujahr erlebt haben. Wir hatten sehr viel Glück. Dank den Mitarbeitenden der einzelnen Spitäler konnten wir die Situation überstehen, aber es wurde enorm viel gearbeitet. In diesem Sinn beantragten wir Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 81 zu 32 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 82 zu 30 Stimmen erheblich.